

Tagungsunterlagen II

Anträge und Vorlagen zum Landesparteitag
am 30. November 2019 in Bad Dürkheim

Ergänzende organisatorische Hinweise zur Versammlung

1) **Update: Verpflegung und Getränke**

Ergänzend zu den Tagungsunterlagen I möchten wir euch folgende Informationen zur Verpflegung weitergeben:

Das Mittagessen wird zwischen 12.00 Uhr und 14.00 Uhr angeboten. Hierzu müssen Essensbons bei der Orga-Ecke für die Ausgabe gekauft werden. Es gibt eine Gulaschsuppe und eine vegane Kartoffelsuppe, jeweils mit Brötchen. Die Getränke werden über den Tag verteilt, voraussichtlich aber nicht durchgehend, verkauft. Hierfür sind keine Bons notwendig. Bitte beachtet die Hinweise bei der Ausgabe.

2) **Update: Kinderbetreuung**

Derzeit gibt es keine Anmeldungen zur Kinderbetreuung, folglich werden wir auch keine anbieten können. Bei Fragen wendet euch bitte an lgs@die-linke-rlp.de.

3) **Weitere Unterlagen zur Versammlung**

Sofern es weitere Unterlagen / Kandidaturen oder Veränderungen geben sollte, findet ihr diese auf der Landeshomepage unter:

<http://www.dielinke-rhlp.de/partei/parteitag/>

Bei weiteren Fragen oder Anregungen könnt ihr euch gerne an die Landesgeschäftsstelle wenden:

DIE LINKE. Rheinland-Pfalz
Gärtnergasse 24
55116 Mainz

Tel.: 06131 / 23 79 45
Fax: 06131 / 23 79 49

lgs@die-linke-rlp.de

Korrekturen

Korrekturen und redaktionelle Änderungen zu den Tagungsunterlagen I

Korrektur der Anträge in den Tagungsunterlagen I

Änderung der Antragsteller_innen

O-01 Ä1, Seite 11

O-02 Ä2, Seite 13

A-01, Seite 48

A-02, Seite 49

A-03, Seite 50

S-09, Seite 63

S-10, Seite 64

Die Antragsteller_innen müssen **DIE LINKE. Vulkaneifel** lauten.

Diese Änderung ist in der Online-Ausgabe bereits erfolgt.

Zurückgezogen

Antrag S07 – Antrag zur Etablierung eines Frauen*Ausschuss

Der Antrag wurde von den Antragsteller_innen zu Gunsten S08 zurückgezogen.

Antrag A08 – Möglichkeit der Teilnahme aller Genossinnen und Genossen an Delegiertenwahlen

Der Antrag wurde von den Antragsteller_innen zurückgezogen.

Antrag A09 - Möglichkeit der Teilnahme aller Genossinnen und Genossen an Landesparteitagen und Landesausschusssitzungen

Der Antrag wurde von den Antragsteller_innen zurückgezogen.

Anpassung der Anträge

P01-Ä2 bis P01-Ä12

Die Antragstellerin hat ihre Anträge an die neue Zeilennummerierung angepasst, um die Behandlung zu vereinfachen. Nach Angaben der Antragstellerin gab es keine inhaltlichen Änderungen.

P-01 Ä02 Der Landesparteitag möge beschließen

Antragstellerin: Hildegard Slabik-Münter

Der Text aus dem Bundestagswahlprogramms (dort Seite 84-85) soll ab Zeile 7 in P-01 eingefügt werden:

Die herrschenden Verkehrsverhältnisse sind ungerecht. Die Belastung durch Autos und LKWs trifft vor allem diejenigen, die es sich nicht leisten können, von der Hauptverkehrsstraße wegzuziehen. Die Arbeitsbedingungen von Beschäftigten in der Logistikbranche sind oft miserabel. Automobilkonzerne profitieren vom Abgasbetrug - der Schaden wird auf die Bevölkerung und auf die Beschäftigten abgewälzt. Für Öl und andere Rohstoffe werden weltweit Kriege geführt, einheimische Bevölkerungsgruppen vertrieben und ausgebeutet.

P-01 Ä03 ist eigentlich nur ein Punkt, der aufzeigen soll, welche Fragen noch einer ausführlicheren Antwort bedürfen.

Hier soll nicht unbedingt etwas beschlossen werden, sondern nur eine Diskussion angeregt werden. Ich würde vorschlagen, dass diese Anregungen nur an die Delegierten verteilt werden. Vielleicht will die eine oder der andere etwas zu diesen Themen sagen.

Der Punkt zu den Brücken kann wegfallen, weil es da einen andern Antrag gibt.

Welche Mobilität streben wir neben dem ÖPNV an?

Unterstützen wir vorrangig E-Mobilität?

Sollte die Antriebswende hier technologieoffen gestaltet werden?

Wenn wir eine drastische Reduktion des Individualverkehrs anstreben, was sagen wir über die Arbeitsplätze in der Automobilindustrie?

Wie kann ein Strukturwandel in dieser Branche sozialverträglich gestaltet werden?

Welche Haltung nehmen wir zur Bahnstrecke im Rheintal ein?

Unterstützen wir die Forderung nach einer Entlastungstrecke?

P-01 Ä04 ist hinfällig, weil das bei der Version für den Landesparteitag zum Teil schon eingeflossen ist

P-01 Ä05 / Ä06 sind hinfällig, weil sie in der neuen Version eingearbeitet sind

P-01 Ä07 Der Landesparteitag möge beschließen:

Antragstellerin: Hildegard Slabik-Münter

In Zeile 178 werden hinter das Wort Schüler*innenticket die Worte eingefügt

und kostenlose Tickets für Auszubildende

In Zeile 215 wird eingefügt

Parallel dazu fordern wir landesweite Tickets für Auszubildende

P-01 Ä08 Der Landesparteitag möge beschließen:

Antragstellerin: Hildegard Slabik-Münter

In Zeile 174 werden hinter den Punkt folgende Forderungen eingeführt:

Ausschreibungen von Buslinien müssen ökologische Kriterien und Klimaschutzmaßnahmen unbedingt berücksichtigen!

Tariftreue muss eingefordert und überprüft werden!

Arbeitstechnische Zwangspausenzeiten müssen als Arbeitszeit angerechnet werden.

P01 Ä09 Der Landesparteitag möge beschließen:

Antragstellerin: Hildegard Slabik-Münter

In Zeile 110 wird hinter dem Punkt eingefügt:

Wir lehnen den Transport mit Gigalinern auf rheinlandpfälzischen grundsätzlich ab.

Am Ende der Zeile 133 wird folgender Satz eingefügt:

Das Nachtflugverbot muss überall von 22:00 - 6:00 Uhr gelten.

In Zeile 253 wird das Komma durch eine Punkt ersetzt und es folgen zusätzlich die Sätze:

Die Maut soll nach gefahrenen Kilometern und lastabhängig bemessen werden.

Auf Parallelstraßen zu Autobahnen soll ein LKW-Fahrverbot erlassen werden. Fahrverbote für Lastwagen sollen auf Freitagnachmittag ausgedehnt werden.

Ökologisch kontraproduktive Subventionen (Diesel, Kerosin etc) werden gestrichen.

P-01 Ä 10 Der Landesparteitag möge beschließen:

Antragstellerin: Hildegard Slabik-Münter

Der in Zeile 228 beginnende Satz:

"Hierbei müssen dauerhafte Kernsanierungen, statt lediglich kosmetischer Maßnahmen, im Vordergrund stehen."

wird aus dem Text gestrichen und durch folgenden Text ersetzt beziehungsweise der Absatz ergänzt:

Wir fordern den Stopp des Weiterbaus der A 1. Es sollen keine neuen Straßen gebaut werden.

Ausnahmen werden nur erwogen, wenn der Schutz

vor Lärm und Schadstoffen es unbedingt gebietet. Der Rückbau von Straßen mit geringer Auslastung wird vorgesehen.

Generelle Kernsanierung lehnen wir ab: alle Sanierungsmaßnahmen

müssen Ressourcen schonend, nachhaltig und ökologisch sinnvoll

durchgeführt werden. Durch ein Tempolimit 130 / 80 / 30 erübrigen sich viele

Straßenausbaumaßnahmen, werden die Emissionen von Schadstoffen vermindert und die Menschen vor Lärm geschützt.

Aus dringend notwendigen Lärmschutzgründen für die Dorfbevölkerung fordern wir ein

Motorradfahrverbot an Samstagen und Sonntagen in der Zeit von 12:00 bis 15:00 Uhr auf Kreis- und Landstraßen. Einzelne besonders gefährliche Strecken im Land müssen für Motorradfahrer komplett gesperrt werden.

P-01 Ä 11 Der Landesparteitag möge beschließen:

Antragstellerin: Hildegard Slabik-Münter

An die Zeile 247 wird folgender Text angefügt:

Städte, Kreise und Verbandsgemeinden werden verpflichtet **Mobilitätsbeauftragte** zu bestimmen. **Diese sorgen dafür**, dass Menschen mit Beeinträchtigungen, Fußgängern, Fußgängerinnen, Radfahrern, Radfahrerinnen und dem ÖPNV absoluter Vorrang eingeräumt wird gegenüber dem Individualverkehr.

In den Städten heißt das:

der Straßenraum wird für den fahrenden wie für den parkenden Individualverkehr drastisch eingeschränkt.

Stattdessen entstehen Fuß- und Radwege und Plätze zum Aufenthalt.

Barrierefreiheit ist ein Muss.

Auf dem Lande heißt das zusätzlich:

es wird ein alltagstaugliches Radwegenetz zwischen den Orten geschaffen.

Keine Straßeninstandsetzung findet mehr ohne Berücksichtigung der Belange der RadfahrerInnen und FußgängerInnen statt.

An Straßen ohne Radwege (z.Zt. z.B. Kreisstraßen), wird die Geschwindigkeit deutlich reduziert und das Überholen von RadfahrerInnen bei Gegenverkehr ist untersagt.

P-01 Ä 12 entfällt, weil die im Antragheft vorliegende Fassung des Verkehrskonzepts den Punkt schon berücksichtigt hat.

O-Anträge

Anträge zur Organisation des Parteitages
und zu weiteren organisatorischen Fragestellungen

O-03NEU

Zeitplanung zum Landesparteitag

30. November 2019 in Bad Dürkheim

Antragsteller_innen: Landesvorstand

10.00 Uhr – 10.30 Uhr TOP 1 - TOP 7 Konstituierung des Parteitages

10.45 Uhr – 11.15 Uhr TOP 8 Grußworte

11.15 Uhr – 11.45 Uhr TOP 9 Referat Amira Mohamed Ali

11.45 Uhr – 12.15 Uhr Frauenplenum

12.15 Uhr – 12.30 Uhr TOP 10 Bericht des Frauenplenums

12.30 Uhr – 13.00 Uhr Pause

13.00 Uhr – 14.30 Uhr TOP 11 Beratung und Beschlussfassung des
Verkehrskonzeptes

14.30 Uhr – 15.00 Uhr TOP 12 Anträge zur Änderung der Satzung

15.00 Uhr – 15.30 Uhr TOP 13 Bericht des Landesvorstandes inkl. Aussprache

15.30 Uhr – 16.00 Uhr Totenehrung und Ehrung von Mitgliedern

16.00 Uhr – 16.45 Uhr TOP 14 Nachwahlen zur Landesschiedskommission

16.45 Uhr – 17.30 Uhr TOP 15 Nachwahlen zur Landesfinanzrevisionskommission

17.30 Uhr – 18.30 Uhr TOP 16 Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten
zum Bundesausschuss

18.30 Uhr – 19.00 Uhr TOP 17 Bericht der Bundestagsabgeordneten

19.00 Uhr – 19.45 Uhr TOP 18 Weitere Anträge und Resolutionen

19.45 Uhr – 20.00 Uhr TOP 19 Schlusswort

O-01 Ä1 - 1

Änderungsantrag zu O-01 Ä1

Antragsteller_in: David Koch, KV Bernkastel-Wittlich

Ich beantrage die Ergänzung des vorliegenden Änderungsantrags wie folgt (fett gedruckt):

Antragstext:

Die Tagungsleitung wird aufgefordert, bei Redebeiträgen und Fragen innerhalb der vorgesehenen Redezeit von Unterbrechungen abzusehen, **sofern sich der Redebeitrag / die Einbringung auf den gestellten Antrag / den derzeitigen Tagesordnungspunkt bezieht und nicht Teil der Generaldebatte ist oder Züge einer solchen annimmt.**

Begründung:

Ein Antrag hat einen Gegenstand. Um diesen Gegenstand darzustellen bekommt die Antragsteller*in eine Redezeit durch den Landesparteitag eingeräumt. Es geht um eine sachliche Begründung des vorgelegten Antragstextes. Ein Abschweifen von der Antragsbegründung und/oder Ausnutzung der Redezeit für Grundsatzreden überstrapaziert die Konzentrationsfähigkeit und Nerven der Delegierten.

P-Anträge

Politische Anträge und Resolutionen zum Landesparteitag.

P07

Solidaritätserklärung für den Protest gegen den AfD Bundesparteitag

Antragsteller_innen: Ewald Heimann, KV Ludwigshafen / Rhein-Pfalz-Kreis

Solidaritätserklärung für den Protest gegen den Bundesparteitag der AfD in Braunschweig der am 30.11.2019 und am 1.12.2019 stattfinden soll.

Hiermit erklärt sich der Landesparteitag der DIE LINKE Rheinland-Pfalz solidarisch mit dem Protest gegen den Bundesparteitag der AfD.

Auch wenn wir als die Delegierten an dem Protest nicht teilnehmen können, da wir an dem gleichen Tag den Landesparteitag durchführen, erklären wir uns solidarisch und senden, antifaschistische und antirassistische, Grüße an die dort versammelten Menschen. Wir wünschen den Organisatoren einen Erfolg, für ihre Bemühungen, einen deutlich sichtbaren, und wahrnehmbaren, Protest auf die Straße zu tragen.

Es handelt sich um einen berechtigten, und auch bundesweiten Protest, gegen eine Partei die, an führender Stelle, Mitglieder in sich beherbergt die in der Tradition des Faschismus verordnet werden müssen. So beispielsweise offene Antisemiten wie Wolfgang Gedeon der, fraktionslos, für die Afd im Landtag in Baden-Württemberg sitzt. Ein weiteres Beispiel ist Björn Höcke, der Fraktionsvorsitzender der AfD im Thüringer Landtag ist und, durch gerichtlichen Beschluss, Faschist genannt werden darf. Die Entwicklung der AfD geht derweil immer weiter in eine faschistische Richtung.

Es ist nicht auszuschließen, dass ein Faschist, wie Björn Höcke, bei einer möglichen Kandidatur zum Bundesvorsitzenden, einen deutlichen Achtungserfolg auf dem Parteitag erfahren kann. Der faschistische „der Flügel“ ist zwar in der AfD noch in der Minderheit, aber Personen, die ihm zugerechnet werden, sind an führender Stelle in der Partei, und in den Parlamenten. Wie weit die AfD den Rechtsruck auslöst zeigt sich in dem Bundesland Thüringen. Dort gibt es eine Erklärung von 17 Politikern aus der CDU mit der AfD eine Koalition einzugehen. Gerade in dem Bundesland Thüringen sind Faschisten in Schlüsselstellungen der AfD. Auch in der Landespartei der AfD in Rheinland-Pfalz sind Politiker, wie Joachim Paul, der auf dem Landesparteitag der AfD in Bingen als Vorsitzender kandidieren will, in dem Verdacht in der jüngsten Vergangenheit faschistische Politik betrieben zu haben. Ihm werden auch von Medien Affinitäten zu der Nazi-Diktatur vorgeworfen. Wie ernst es ist zeigt folgender Vorgang. Es fordern 15 AfD Politiker Johannes Paul auf nicht für den Landesvorsitz auf dem Landesparteitag in Bingen am 16/17.11.2019 zu kandidieren solange der Verdacht nicht ausgeräumt wurde. Wir unterstützen den Protest in Braunschweig da wir uns gegen ein, nicht unwesentlich durch die AfD, ausgelöstes Klima wenden. So indem der Hass, und die Intoleranz, die Oberhand gewinnen und faschistische Kräfte ermutigen solche Anschläge, wie die gegen den Regierungspräsidenten von Karlsruhe Walter Lübcke, und in Halle, erst möglich machen. In Halle hätte es durchaus zu Toden, und Verletzten, in noch größerem Umfang kommen können. Es war kein Einzeltäter mit einigen wenigen Opfern gewesen. Sondern die jüngsten Attentate von faschistischen Mörderbanden in Halle, mit zwei Toten, und zahlreichen Verletzten, und gegen den Regierungspräsidenten Walter Lübcke stehen im Zusammenhang mit einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, die einen Namen und klar definierbare Gesichter haben.

Weitere Unterstützer können den Aufruf gerne mitunterzeichnen.

Zur Begründung:
erfolgt mündlich

P-01 Ä13

Änderungsantrag zum Verkehrskonzept „Flughäfen und Binnenschifffahrt: Begrenzen und fördern“

Antragsteller_innen: Nico Sternberg, KV Westerwald

Der Landesparteitag möge beschließen, dass die Zeilen 134 bis einschließlich 138 gestrichen werden.

Die Teilüberschrift wird durch „Flugverkehr begrenzen“ ersetzt.

Folgerichtig wird „und das Wasser“ sowohl in Zeile 251 als auch in Zeile 257 gestrichen.

Begründung:

Das Verlegen des Güterverkehrs auf das Wasser ist ökologisch nicht zielführend. Stattdessen sollten wir uns beim Güter- und Personenverkehr auf die Schiene konzentrieren.

P-01 Ä14

Änderungsantrag Verkehrskonzept

Antragsteller_innen: Manuel Lautenbacher, KV Mainz / Mainz-Bingen

Streiche z. 18-19 „Kein Wunder... führen“

Begründung: Wenn das der Grund wäre, dann wäre der Gebrauch des MIV bei 18+ plötzlich wieder auf dem Level älterer Generationen.

P-01 Ä15

Änderungsantrag Verkehrskonzept

Antragsteller_innen: Manuel Lautenbacher, KV Mainz / Mainz-Bingen

Streiche Z. 20-28

Begründung: Das Jahr 1994, also das Jahr der neoliberalen Umstrukturierung der Deutschen Bahn, als Ausgangspunkt für eine Verbesserung des ÖPNV zu setzen und unkritisch den Rheinland-Pfalz-Takt zu feiern, ohne ein Wort über die in unmittelbaren Zusammenhang mit der Umstrukturierung stillgelegten Bahnstrecken v.a. der 90er Jahre zu verlieren, ist für eine Linke schlicht peinlich. Die fortgesetzte Stilllegung z.B. der Bahnstrecke Bodenheim-Alzey oder der Westeifelbahn u.a. sprechen Bände. Es fehlt sowohl an einer Analyse der wirklichen Erfolge der Taktung, wie auch die Verzahnung mit der ab Z. 49ff Kritik.

P-01 Ä16

Änderungsantrag Verkehrskonzept

Antragsteller_innen: Manuel Lautenbacher, KV Mainz / Mainz-Bingen

Streiche Z. 37f.

Ergänze: Die

Begründung: Die Deutsche Bahn AG gehört zu 100% dem Bund, das Problem ist die strategische Ausrichtung des Unternehmens.

P-01 Ä17

Änderungsantrag Verkehrskonzept

Antragsteller_innen: Manuel Lautenbacher, KV Mainz / Mainz-Bingen

Streiche Z. 79 „Gewerkschaften und“

Begründung: Die Gewerkschaften allesamt und ohne zwischen den öffentlichen Positionierungen von ver.di oder der IG Metall und der IG BCE zu unterscheiden, berücksichtigt die geführten Diskussionen innerhalb der Gewerkschaften nicht hinreichend. Noch dazu wird ein wichtiger Bündnispartner mit den „Automobilvereinen“ gleichgesetzt.

P-01 Ä18

Änderungsantrag Verkehrskonzept

Antragsteller_innen: Manuel Lautenbacher, KV Mainz / Mainz-Bingen

Streiche Z. 87-99

Begründung: In Anbetracht der deutlichen Überfinanzierung der Straßeninfrastruktur in Relation zu Fuß-, Fahrrad-, Wasser- und Schienenwegen ist eine verkehrspolitische Wende nicht auf dem Status Quo des bisherigen Straßennetzes zu machen. Zahlreiche Straßen sind vom Verkehr und der Überbelastung durch MIV und LKW-Verkehr kurzfristig zu entlasten und alle Anstrengungen und Ressourcen in den ÖPNV zu investieren.

P-01 Ä19

Änderungsantrag Verkehrskonzept

Antragsteller_innen: Manuel Lautenbacher, KV Mainz / Mainz-Bingen

Streiche: Z. 186f „Wo es sinnvoll... umgerüstet werden“ und ersetze durch: „Alle Bahnstrecken sind elektrifiziert zu planen und alle noch nicht-elektrifizierten Strecken bis 2025 umzurüsten.“

Begründung: Für eine Verkehrswende sind elektrifizierte Bahnstrecken unabdingbar, wie auch für einen Ausbau des Schienenverkehrs.

P-01 Ä20

Änderungsantrag Verkehrskonzept

Antragsteller_innen: Manuel Lautenbacher, KV Mainz / Mainz-Bingen

Streiche: Z. 219

Begründung: Dieser Satz kann kein Teil einer notwendigen Verkehrswende sein und beschreibt nur die eigene Konzeptlosigkeit für eine Verkehrsentwicklung.

P-01 Ä21

Änderungsantrag Verkehrskonzept

Antragsteller_innen: Manuel Lautenbacher, KV Mainz / Mainz-Bingen

Ergänze:

Verkehr kleinräumig entwickeln: Fußgänger*innen, Radfahrer*innen, E-Mobilität

Verkehr findet zum größten Teil in gut erreichbaren und nahegelegenen Räumen statt. Für den Verkehr bis 5km ist die Vermeidung allen MIV anzustreben und prioritär Radfahrer*innen wie Fußgänger*innen zu fördern. Gerade auf zwischenörtlichen Verbindungen benachbarter Orte, wie auch innerstädtisch, sind der Platzverbrauch des Autoverkehrs zu reduzieren und zugunsten von ökologischen Fortbewegungsarten umzuwidmen. Systematisch sind sichere Radverbindungen auf/an allen Land- und Bundesstraßen auszubauen und bequem nutzbare Fußwege anzulegen. Radwege sind dabei nicht nur auf zwischenörtlichen Verbindungen auszubauen, sondern auch in die Orts- und Stadtmitte zu führen. Systematisch ist insbesondere kleinräumig der Waren- und Lastentransport durch Muskelkraft z.B. Lastenfahrräder auszubauen. E-Mobilität kann dagegen nur im eng begrenzten Rahmen eine ergänzende Alternative dazu darstellen, die aber vorrangig über die Kommunen zu regeln ist. Die aktuelle Praxis kommerzieller Anbieter E-Roller allüberall aufzustellen löst verkehrstechnische Bedürfnisse nicht auf, sondern verlagert ökologische Probleme mitunter, was sich beispielsweise an der unregelmäßigen Entsorgung der nach ca. einem halben Jahr verbrauchten E-Roller zeigt.

Begründung: Rad- und Fußverkehr fehlt im bisherigen Verkehrskonzept völlig.

P-01 Ä22

Änderungsantrag Verkehrskonzept

Antragsteller_innen: Manuel Lautenbacher, KV Mainz / Mainz-Bingen

9) Ergänze:

Verkehrsverbände auflösen

Die bisherigen Struktur der kleinräumigen Verkehrsverbände sind aufzulösen. Die bisherige Struktur ist wesentlich mit dafür verantwortlich, dass es weder ein landesweites Semesterticket noch auch ein jenseits davon existierendes Landesticket existiert. Auch die überhöhten Preise im ÖPNV lassen sich in erheblichem Maße auf die Zersplitterung in zahlreiche Verkehrsverbände zurückführen. Verkehr muss landesweit einheitlich und zentral organisiert werden, um anstehende Aufgaben wie ein Landesticket adäquat umsetzen zu können und eine aufeinander abgestimmte ÖPNV-Taktung auf allen Ebenen einführen zu können.

Begründung: Benachbarte Bundesländer sind diesbezüglich deutlich weiter. Gerade vor dem anstehenden notwendigen Ausbau des landesweiten Verkehrs erscheint die Zusammenlegung notwendig.

P-01 Ä23

Änderungsantrag Verkehrskonzept

Antragsteller_innen: Manuel Lautenbacher, KV Mainz / Mainz-Bingen

10) Ergänze:

Die Städte autofrei!

Der MIV ist im städtischen Raum überkommen und überflüssig. In Anbetracht der drohenden Klimakatastrophe ist er schrittweise aus den Städten zu verdrängen und durch Fahrrad-, Bus-, Bahn- und Fußgänger*innenverkehr zu ersetzen. Die durch die Abschaffung des Bedarfs an Park- und Stellflächen wieder für die Allgemeinheit nutzbar gewordenen Räume, sind sowohl im Sinne des Wohnraummangels, wie auch im Sinne des zu hohen Flächenverbrauchs und für das sich katastrophal entwickelnde Mikroklima zu nutzen. Die Luft- und Lebensqualität in den Städten wird sich mit der Reduzierung des MIV deutlich verbessern. Zur Nutzung der Städte von außerhalb sind, so lange noch notwendig, umfassende kostenfreie Park & Ride-Plätze zu schaffen, angebunden mit hochfrequenten Bussen- und Bahnen, auch der aus ländlichem Raum kommenden Bevölkerung Teilhabe am städtischen Leben ermöglicht.

Begründung: Der städtische Verkehr fehlte im Verkehrskonzept völlig. Alles weitere mündlich.

P-01 Ä24

Änderungsantrag Verkehrskonzept

Antragsteller_innen: Manuel Lautenbacher, KV Mainz / Mainz-Bingen

Ergänze:

Für einen rheinland-pfälzischen Fernbusverkehr

Der Bau eines umfassenden Schienennetzes in Rheinland-Pfalz ist aufgrund der lange vernachlässigten Planung erst mittel- bis langfristig zu schaffen. Für den Übergang und auch zur zukünftigen Ergänzung des Schienenverkehrs ist ein landesweites Fern(schnell-)busverkehrsnetz zu schaffen. Ein solches umfasst notwendigerweise die Anbindung aller urbanen Räume und deren Verbindung mit den Großstädten in hoher Frequenz, so dass es einen wirksamen Ersatz zum MIV bieten kann. Überall dort wo keine Bahnverbindung (mehr) existiert, soll analog zu möglichen Strecken ein schneller Busverkehr eingerichtet werden auf dem bis in die späten Abendstunden auch die Möglichkeit zur Befriedigung sozialer und kultureller Bedürfnisse im städtischen Raum besteht.

Begründung: Gerade für den ländlichen Raum braucht es eine Ergänzung zum bestehenden Busnetz, die sich durch den schnelleren Anschluss an den städtischen Raum auszeichnet und bestehende, weiter auszubauende, Verkehrsverbindungen ausbaut.

P-01 Ä25

Änderungsantrag Verkehrskonzept

Antragsteller_innen: Manuel Lautenbacher, KV Mainz / Mainz-Bingen

Ergänze „Güter auf die Bahn“ (Z.107-121)

Der (erneute) Anschluss weiterer Betriebe ist eine vordringliche Aufgabe öffentlicher Infrastruktur und soll im Rahmen eines notwendigen, umfassenden Ausbaus des Schienenverkehrs erfolgen. Dementsprechend sind Anreize zur Umlagerung des Transportverkehrs auf die Schiene zu schaffen und ist der LKW-Verkehr, der die Infrastruktur Straße deutlich leiden lässt, zu sanktionieren.

Begründung: Es ist auch öffentliche Aufgabe die bundeseigene Bahn zur Erhöhung der Transportkapazitäten zu ertüchtigen.

P-01 Ä26

Änderungsantrag Verkehrskonzept

Antragsteller_innen: Manuel Lautenbacher, KV Mainz / Mainz-Bingen

Der LPT beschließt, dass der vorliegende P-01 von Grund auf überarbeitet wird. Die Beschreibung des Status Quo berücksichtigt die unterschiedliche Situation und Bedürfnisse in Stadt und Land. Anschließend werden jeweils für städtischen und ländlichen Raum die kurz- und mittelfristigen Maßnahmen skizziert. Im Schlussteil folgt eine Vision der langfristigen Verkehrsentwicklung in Rheinland-Pfalz.

Begründung: Die Gliederung für ein Programm erfolgt nicht, wie im Entwurf, auf Grundlage der Verkehrsmittel, sondern in der Reihe der umzusetzenden Maßnahmen. Das derzeit vorliegende Papier entspricht nicht der Kategorie eines Verkehrskonzeptes und lässt Ziel und Perspektive linker Verkehrspolitik nicht erkennen.

P-01 Ä27

Änderungsantrag Verkehrskonzept

Antragsteller_innen: Manuel Lautenbacher, KV Mainz / Mainz-Bingen

Ergänze: Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand mit der Einberufung eines verkehrspolitischen Ratschlages für Rheinland-Pfalz. Für diesen hat der Landesvorstand alternative und ökologisch ausgerichtete Verkehrsvereine einzuladen, wie den ADFC, den VCD und das Bündnis „Bahn für Alle“. Der Landesparteitag beauftragt den Landesausschuss zur inhaltlichen Vorbereitung dieses Ratschlages auf der Grundlage der Thesen des Leitantrages. Ziel des Ratschlages ist die Erarbeitung eines verkehrspolitischen Programmes der Landespartei mit einem Fahrplan bis 2030.

Begründung: mündlich

S-Anträge

Anträge zur Änderung der Satzung oder Ordnungen des Landesverbandes

S-08neu – Ersetzungsantrag zu S-08

Geschlechterdemokratie

Antragsteller_innen: Landesvorstand

In §10 der Satzung DIE LINKE Landesverband Rheinland-Pfalz wird Folgendes ergänzt

Punkt 3 neu

(3) Zur Verstetigung der Frauen*strukturen im Landesverband Rheinland-Pfalz wird das Frauen*plenum auf Landesebene gestärkt.

- a) Stimmberechtigte Mitglieder des Frauen*plenums sind alle weiblichen Delegierte zu den Landesparteitagen, die in den Kreisverbänden nach §15 Absatz 1 gewählt wurden. Alle Mitglieder des Landesverbandes können als Gäste am Frauen*plenum teilnehmen.
- b) Das Frauenplenum wählt aus seiner Mitte mindestens zwei Sprecherinnen, näheres regelt die Geschäftsordnung. Die Sprecherinnen und die Geschäftsordnung werden jeweils in der ersten Sitzung nach der Feststellung der Delegierten auf Landesebene beschlossen. Bis zur Beschlussfassung sind die vorherigen Sprecherinnen im Amt und die bislang vorliegende Geschäftsordnung gültig.
- c) Das Frauen*plenum tagt im Rahmen des Parteitages und mind. einmal pro Jahr zwischen den Parteitagen. Die Einberufung erfolgt jeweils über die Landesgeschäftsstelle.
- d) Das Frauen*plenum bringt feministische und frauenpolitische Aspekte in alle Belange der Partei ein und vertritt diese gegenüber den Gremien der Partei. Das Frauen*plenum erfüllt hierbei die Initiativ-, Konsultativ- und Kontrollfunktion der Frauen innerhalb des Landesverbandes.

Punkt (3) wird (4)

usw.

In §18, 4 der Satzung wird weiterhin ergänzt

(4) Mit beratender Stimme gehören dem Landesvorstand der/die Vorsitzende der Landtagsfraktion, die Sprecherinnen des Frauen*plenums und die Mitglieder des Präsidiums des Landesausschusses an.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Kandidaturen

Kandidaturen zum Landesparteitag

Bewerbung als Delegierte zum Bundesausschuss

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor fast zwei Jahren hat der Landesparteitag mir sein Vertrauen geschenkt und mich als Vertreterin des Landesverbandes Rheinland-Pfalz im Bundesausschuss gewählt. Mit diesem Vorschuss an Vertrauen und der damit verbundenen Verantwortung für habe ich die Funktion engagiert und zuverlässig in enger Kooperation mit den Landesvorsitzenden und mit David Schwarzendahl wahrgenommen. Ich habe mit David wichtige Impulse für Rheinland-Pfalz in den Bundesausschuss eingebracht. Ein durchgängiges Thema war dabei der Finanzplan. Wir versuchten die Probleme eines Flächenlandes darzustellen z.B. bezogen auf die Kampagnenfähigkeit oder bei der Umsetzung von Wahlkämpfen nicht nur im Hinblick auf fehlende finanzielle Ressourcen sondern vor allem im Zusammenhang mit der völlig unzureichenden personellen Besetzung der Landesgeschäftsstelle. Wie sollen Kreise mit der Größe des Saarlandes, wie z.B. Bitburg-Prüm, und einer Handvoll Mitglieder Kampagnen umsetzen? Wenn der Parteivorstand im Bundesausschuss festlegt, dass die Kreise verpflichtet seien, alle Kampagnen umzusetzen, sind wir als Vertreter*innen von Flächenländern verpflichtet, dem Parteivorstand fortwährend vor Augen zu führen, wie die Realität aussieht. Im Rahmen der Lesungen des Finanzplans stellen wir kritische Fragen und Forderungen, die darauf abzielten, eine Umverteilung zugunsten der Länder zu erzielen. Dabei spielt die Vernetzung mit den Vertreter*innen anderer und vergleichbarer Länder eine wichtige Rolle. Nur gemeinsam können wir Änderungen erreichen. Ebenso hat die kontinuierliche Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Zusammenwachsen“, welcher David und ich zugehören, dazu geführt, dass die Thematik vom Bundesausschuss behandelt wurde und weiter behandelt werden wird. Maßgeblich für die Arbeit im Bundesausschuss ist es einerseits eine hörbare Stimme rheinland-pfälzischer Interessen zu sein und andererseits, in enger Abstimmung mit unseren Landesvorsitzenden, politisch Stellung zu beziehen und eine klare Haltung bei aktuellen inneren und internationalen Konflikten und Fehlentwicklungen zu zeigen. Es hat sich gezeigt, dass auch meine gewerkschaftlichen und bildungspolitischen Erfahrungen auf Landes- und Bundesebene im Bundesausschuss nutzbar sind.

Besonders herausheben möchte ich die vertrauensvolle und fruchtbare Teamarbeit mit David. Durch unsere unterschiedlichen Erfahrungen und Kompetenzen ergänzen wir uns hervorragend. Unsere Einschätzungen und unser Abstimmungsverhalten ergeben sich immer aus einem intensiven Austausch miteinander heraus.

Durch die intensive Arbeit der letzten zwei Jahre bin ich sehr motiviert, auch in Zukunft die Interessen und Ziele der LINKEN in Rheinland-Pfalz



Theresia Görgen
Stiftstr. 11
54293 Trier
mobil: 0175 854 333 0
Mail: Theresia.Goergen@t-online.de

Was mir bedeutsam ist:
Meine drei Söhne (1980, 1983, 1995).

Motor meiner beruflichen und politischen Arbeit: Antirassismus, Antifaschismus, Friedenspolitik, **gegen** Armut, soziale Ungerechtigkeit, fehlende Bildungschancen und Teilhabemöglichkeiten, **gegen** Altersarmut, Pflegenotstand, Mietwucher / Wohnungsnot

Ausbildung: 1976-1984 Studium (Regel- und Förderschullehramt Aachen / Mainz); Vorbereitungsdienst Neuwied

Schuldienst: Von 1987-1989 „Kettenvertretungsverträge“ - „Integrierte Förderung“ an Regelschulen im Moselraum. 1989 Planstelle und Wechsel nach Wittlich, Förderschule Lernen/Sprache, Klassenleitung; Leitung Fachkonferenz Sprache, 1996 Förderschullehrerin an Kurfürst-Balduin-Hauptschule im sozialen Brennpunkt (Trier-West); Modellversuch Integration/Inklusion SEK I.

Weitere berufliche Tätigkeiten:
Fachberaterin Integration/Inklusion
Referentin Lehrer*innenbildung
2008-2017 Fachleiterin am Studienseminar Grundschulen in Trier

Gewerkschaftliche Arbeit:
Ab 2004 aktiv in der Bildungsgewerkschaft GEW: Inklusion, Bildungsgerechtigkeit, Schulstruktur, Tarifpolitik, Arbeitskampfmaßnahmen
2004 Bezirksvorstand GEW Trier; 2009- 2015 Vorsitzende der GEW-Bezirk Trier, GV GEW RLP, Landestarifkommission, GEW Landesfachgruppe / Bundesfachgruppe

Personalratsarbeit:
Ab 2005: Mitglied im ADD-Personalrat Förderschulen; seit 2014 stellv. Vorsitzende

Die LINKE

Seit 2011 Mitglied im Stadtverband Trier
Seit Ende 2016 Fraktionsvorsitzende und ab Mai 2019 Mitglied der Linksfraktion im

in den Bundesausschuss einzubringen. Ich wünsche mir sehr, meine Arbeit und meinen Einsatz für Rheinland-Pfalz im Bundesausschuss fortführen zu können.

Trierer Stadtrat
Seit November 2017 im Präsidium des
Landesausschusses.

Ich bitte euch deshalb, meine Kandidatur zu unterstützen. Ich werbe um euer Vertrauen.

Theresia

Kandidatur als Delegierter zum Bundesausschuss

David Schwarzendahl, Kreisverband Frankenthal



Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit bewerbe ich mich erneut um den Platz als Delegierter zum Bundesausschuss für unseren Landesverband.

Als ich vor zwei Jahren zum ersten Mal eine Sitzung des Bundesausschuss besuchte, stellte ich schnell fest, dass es mir nicht nur viel Freude macht, sondern auch wie arbeitsintensiv dieses Gremium ist. Die nächste Feststellung war, dass man eine Zeit benötigt, um im Bundesausschuss anzukommen und

sich zurecht zu finden. Die letzten zwei Jahre vergingen an der Seite meiner Genossin Theresia wie im Fluge. Hunderte Seiten von Bewerbungsunterlagen, Resolutionen und anderer Papiere.

Entscheidungen überwiesen vom Bundesparteitag und auch Anregungen an den Parteivorstand, waren Bestandteile meiner bzw. unserer Arbeit.

Im Anschluss an die Sitzungen des Ausschusses setzten wir unsere Arbeit in der Arbeitsgruppe „Zusammenwachsen“, welche den Aufbau und das Ost/West „Gefüge“ der Partei auf Herz und Niere geprüft, fort.

Wir haben immer das Wort ergriffen, wenn es um die Entwicklung der Landesverbände ging und dafür plädiert, dass auch die Flächenländer wie Rheinland-Pfalz stärker in den Fokus Rücken und bei Strategien zum Aufbau stärker berücksichtigt werden.

Ich habe im Bundesausschuss dagegen gehalten, als es um die Verschärfung der Polizeigesetze ging!

Klare Kante haben wir auch gezeigt als wir per Resolution gegen den Bundesparteitag der AFD hielten!

Wir brachten Positionen gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Türkei gegen die Kurdinnen und Kurden im Norden Syriens auf den Tisch uvm.

Wir haben uns in die Debatte um den Haushalteingebracht; immer mit dem Fokus auf das Wohl der Partei und unseres Landesverbandes. Kritik und Lob, Ideen und die Wünsche des Landesverbandes waren stets die Maßgabe meines Handelns.

Ausführlich haben wir über die Sitzungen und unsere Einschätzungen bei den Sitzungen des Landesauschusses berichtet und dies auch schriftlich zu Protokoll gegeben.

Und ich freue mich sagen zu können, dass unsere aktive Rolle im Ausschuss von den Mitgliedern und dem Präsidium des Bundesausschusses wahrgenommen und geschätzt wird.

All diese Punkte möchte ich auch weiterhin in eurem Namen vorantreiben und bitte deshalb heute um euer Vertrauen und eure Stimme.

Mit solidarischen Grüßen

Euer
David

Alle Infos zu meiner Person findet ihr unter: www.davidschwarzendahl.com

Kandidatur als Ersatzdelegierte zum Bundesausschuss

Marion Morassi, Kreisverband Ahrweiler



- Kreissprecherin DIE LINKE. KV Ahrweiler
- Jahrgang 1963, ein erwachsener Sohn
- Reiseverkehrskauffrau, selbstständig

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit möchte ich mich bei euch erneut als Ersatzdelegierte zum Bundesausschuss bewerben.

Der Bundesausschuss ist das höchste Gremium unserer Partei. Es ist nötig, mit viel Fingerspitzengefühl und politischem Sachverstand zu agieren, gerade in einer politisch unruhigen Zeit, wo es durch das Erstarken der AfD und anderer Rechter Kräfte nötig ist, gegen Rassismus klare Kante zu zeigen und sich zu vernetzen mit anderen fortschrittlichen Organisationen.

Ich bin für Transparenz in allen politischen Ebenen und werde selbstverständlich auch über die Ergebnisse im Bundesausschuss regelmäßig berichten.

Daher bitte ich um euer Vertrauen und um eure Stimme.

Mein politischer Werdegang:

- Mitglied in der Partei DIE LINKE. seit Januar 2009
- Kreissprecherin DIE LINKE. Ahrweiler seit Mai 2010
- Sprecherin der BAG LISA von 2010 bis 2019 (mit Unterbrechungen)
- Sprecherin und Gründungsmitglied der LAG AKL RLP
- Delegierte im AKL Länderrat
- Sprecherin und Gründungsmitglied der LAG Ökologische Plattform RLP
- Delegierte zum Bundesparteitag
- Mitglied im Stadtrat Bad Neuenahr- Ahrweiler für DIE LINKE. seit 2019

Mein Wirken in außerparlamentarischen Bewegungen:

- Mitglied bei Ver.di
- Medienverantwortliche Sprecherin der ATTAC Regionalgruppe Ahrweiler
- Mitglied im Flüchtlingsnetzwerk Bad Neuenahr-Ahrweiler e.V.
- Mitglied im Bündnis Remagen für Frieden und Demokratie
- Gründungsmitglied „Aufstehen gegen Rassismus Kreis Ahrweiler“
- Mitglied in der Deutschen Friedensgesellschaft DFG-VK und Ansprechpartnerin für den Bereich Rhein-Ahr-Eifel
- Schöffin beim Landgericht Koblenz seit Januar 2019

Meine politischen Schwerpunkte liegen in den folgenden Politikfeldern (die Reihenfolge ist ungewichtet zu verstehen): Soziales, Ökologie, Feminismus, Bündnisarbeit mit Gewerkschaften und NGO's, Antifaschismus und Antirassismus.

Für weitere Informationen könnt ihr gerne meine Internetseiten besuchen oder mir eine

Mail senden:

- www.marion-morassi.de
- <https://www.facebook.com/Morassi.Marion>
- marion.morassi@die-linke-ahrweiler.de

Berichte

Berichte an den Landesparteitag in Bad Dürkheim

Berichte an den Landesparteitag **Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes**

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben uns seit unserer Wahl bei unserem Landesparteitag 2018 in Trier vor allem um folgende Aufgabenstellungen gekümmert:

- 1) Wahrnehmbarkeit unserer landespolitischen Positionen und Positionierung der LINKEN als Ansprechpartner für die kritische Öffentlichkeit
- 2) Mitgliederentwicklung und Finanzen
- 3) Strukturaufbau, Mitarbeiter*innen und innerparteiliche Bildung
- 4) Kommunal- und Europawahlen, Vorbereitung Landtagswahl 2021
- 5) Auf- und Ausbau der Zusammenarbeit mit anderen Landesverbänden und der Bundespartei

1) Politische Wahrnehmbarkeit

Wir betrachten es als zentrale Aufgabe, uns pointiert und wahrnehmbar in die aktuelle politische Debatte einzubringen. Ob es um Wohnungsnot oder Verkehr geht, um Antifaschismus oder kommunale Finanzen – wir haben als LINKE sowohl einen Auftrag der Wählerinnen und Wähler als auch eine programmatische Festlegung. Wir werden gewählt, weil Menschen von uns erwarten, dass wir uns für soziale Gerechtigkeit, für inneren und äußeren Frieden, für humanistische Überzeugungen und, nicht zuletzt, für die Überwindung des Kapitalismus einsetzen.

Dieser rote Faden zieht sich durch alle Aktivitäten, die wir in den letzten zwölf Monaten entfaltet haben.

Insbesondere bei der Verknüpfung unserer Arbeit mit Gewerkschaften, der Friedensbewegung und antifaschistischen und antirassistischen Initiativen haben wir dabei unseren Einfluss vergrößern und unsere Wirkung verstärken können. Regelmäßige Gespräche und Treffen, gegenseitige Besuche bei Gewerkschaften und unsere Teilnahme an zahllosen Demonstrationen und öffentlichen Veranstaltungen haben uns als Landespartei wahrnehmbarer gemacht.

Mittlerweile ist es ziemlich selbstverständlich, dass DIE LINKE zu Veranstaltungen eingeladen wird, bei denen wir vor nicht allzu langer Zeit wohl kaum vertreten gewesen wären. Der Bund der Steuerzahler will uns ebenso hören wie die Weinbauern, die Industrie- und Handelskammern oder die Einzelgewerkschaften des DGB. Beim Sommerinterview des SWR sind wir mittlerweile ebenso regelmäßig zu Gast wie bei den Schulbesuchstagen, zu den Landespolitiker*innen an Podiumsdiskussionen in Schulen teilnehmen. Oft ist der Zugang zu solchen Veranstaltungen über kommunale Mandatsträger*innen möglich geworden: Unsere Strategie, aus den Kommunen heraus mit Kompetenz, Verlässlichkeit und einem guten personellen Angebot an Zuspruch zu gewinnen, hat sich dabei als erfolgreich erwiesen und wird deswegen weiter verfolgt.

Natürlich sind diese Ansätze und Zwischenergebnisse noch längst nicht genug: Deswegen ist es wichtig, dass wir auch künftig am Ball bleiben. Ganz besonders gilt das für unsere landespolitische Wahrnehmbarkeit in der Presse, die trotz ermutigender Ansätze noch nicht so gut ist, wie wir uns das wünschen. Hierbei hat sich der Landesverband in rd. 40 Pressemitteilungen zu unterschiedlichen Themen zu Wort gemeldet. Positiv ist hierbei vor allem zu werten, dass der Landesvorstand themenpolitische Schwerpunkte zu Personen aufgeteilt hat und diese auch sukzessive ihre Themenfelder eigenständig zu bearbeiten und so die inhaltliche Arbeit im Landesvorstand zu unterstützen.

Neben der Unterstützung des Frauenkampftages durch die Landespartei, hat es auch erstmals wieder eine Unterstützungsfahrt zu einem zentralen Ereignis gegeben. Hierbei hat der Landesverband nach Dresden zur Unteilbar-Demo mobilisiert und konnte damit ebenfalls Akzente setzen.

2) Mitgliederentwicklung und Finanzen

Beide Bereiche haben sich im letzten Jahr sehr positiv entwickelt: Zwischenzeitlich sind wir bei der Mitgliederentwicklung von einem der Schlusslichter im Vergleich der Landesverbände zu einem Landesverband geworden, der in vielen Bereichen stark aufgeholt oder sogar Spitzenplätze erarbeitet hat. Nach Bayern sind wir bundesweit der durchschnittlich jüngste LV, wir haben die durchschnittlichen Beitragseinnahmen weiter verbessert und unter dem Strich derzeit etwa 150 Mitglieder mehr als noch am vergangenen Jahresende. Die sehr positive Mitgliederentwicklung wird allerdings von einem Wermutstropfen getrübt: Nach wie vor verlieren wir zu viele Mitglieder, obwohl wir bei der Mitgliederbetreuung und dem Nachfragen bei Austritten mittlerweile funktionierende und durchaus aufwändige Abläufe organisiert haben.

Die Landesgeschäftsstelle unterstützt die Kreisverbände wirkungsvoll bei der Ansprache beitrags säumiger Mitglieder, Kreisvorstände und der Landesvorstand arbeiten Parteiaustritte aufgrund nicht erfolgter Beitragszahlung satzungsgemäß und mehrfach im Jahr ab.

Neben finanziellen Gründen mussten wir im vergangenen Jahr feststellen, dass Austritte oft auch die Folge von Entwicklungen in der Bundespartei und/ oder der Bundestagsfraktion sind, die wir kaum oder gar nicht beeinflussen können.

Wir freuen uns sehr, dass wir mit einer erstmals erstellten Neumitgliederbroschüre neuen Mitstreiter*innen erleichtern können, sich bei uns zurecht zu finden. Die Broschüre liegt heute hier aus, Kritik und Ergänzungsvorschläge sind erwünscht. Und wenn es Lob geben sollte, nehmen wir das auch gerne an!

Erneut werden wir bei unserem Parteitag langjährige Mitglieder für ihr Engagement ehren – wir glauben, dass dies einerseits mehr als verdient ist und dass andererseits eine sichtbare Anerkennung dazu führt, Genossinnen und Genossen zu Engagement und weiterer Mitgliedschaft zu ermutigen.

Wir können mit Zufriedenheit berichten, dass die Landesfinanzen geordnet und stabil sind, dass die Rechenschaftsberichte korrekt erstellt und Prüfungen dementsprechend positiv verlaufen sind.

3) Strukturaufbau

Mit der Einstellung von einer Mitarbeiterin für den Bereich Online haben wir insbesondere in den sozialen Netzwerken und grafisch an Profil gewonnen. Wir hoffen, dass wir diese Strukturen auch über die Landtagswahlen hinaus erhalten können.

Der Geschäftsführende Landesvorstand bespricht sich zweimal wöchentlich mit den Mitarbeiter*innen bei einer Telefonkonferenz, die Mitarbeiter*innen nehmen regelmäßig an den Sitzungen des Landesvorstands teil.

Die Zusammenarbeit des Landesvorstands mit der Geschäftsstelle und den Kreisverbänden, dem Landesausschuss, der Finanzrevision und der Landesschiedskommission funktioniert gut. Vor drei Wochen haben wir mit der Unterstützung eines Frauentreffens die Vorbereitung des Frauenplenums unseres Parteitags unterstützen können.

Schiedsverfahren, an denen der Landesvorstand beteiligt war oder ist, sind in unserem Sinne abgeschlossen worden, die derzeit laufenden Schiedsverfahren werden ordnungsgemäß abgearbeitet.

Handlungsbedarf besteht nach wie vor bei den themenbezogenen Landesarbeitsgemeinschaften, die trotz einer beim letzten Landesparteitag beschlossenen Verbesserung der Finanzierung noch nicht in allen fachpolitischen Bereichen arbeiten. Der Landesvorstand ruft deswegen weiter dazu auf, sich bestehenden LAGs anzuschließen oder solche LAGs für eigene Interessengebiete zu gründen.

Der Landesvorstand hat verschiedene Kreisverbände bei ihren Aktivitäten personell und/ oder finanziell unterstützt, sofern es sich dabei um Aktionen von überörtlicher Bedeutung gehandelt hat. Dies wollen wir künftig ausbauen und verstetigen.

Der Landesvorstand hat die Gründung eines Vereins „Kommunalpolitisches Forum“ unterstützt, um die Zusammenarbeit unserer kommunalen Mandatsträger*innen zu verbessern und inhaltliche Schwerpunktsetzungen zu erleichtern. Eine Reihe von Musteranträgen haben zu Beschlussfassungen in den kommunalen Gremien geführt.

Der Landesvorstand hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung als die parteinahe Stiftung des Landesverbandes anerkannt und begrüßt das Angebot der Stiftung, sich künftig noch stärker in Rheinland-Pfalz zu engagieren.

Gleichzeitig hat der Landesvorstand erstmals seit langer Zeit wieder eigene Bildungsveranstaltungen angeboten und wird dies auch künftig regelmäßig tun. Dies ist vor allem durch die zweite neugeschaffene Stelle in der Landesgeschäftsstelle möglich geworden, die sich schwerpunktmäßig dem Parteaufbau widmet.

Die Neumitgliedertreffen im Vorfeld von Landesparteitagen werden hervorragend angenommen und sind deshalb mittlerweile fester Bestandteil der Planung.

4) Kommunal- und Europawahlen

Erstmals konnte die Landespartei den Kommunalwahlkampf mit einem nennenswerten Betrag unterstützen: Insgesamt waren es fast 50 T€, die die Landeskasse in den Einzug in die kommunalen Gremien investieren konnte.

Bei der Europawahl konnten wir mit David Schwarzendahl (KV Frankenthal) erstmals einen Genossen aus RLP auf der von unserem Europaparteitag aufgestellten Liste platzieren.

Neben zahlreichen organisatorischen Aufgaben bei der Listenaufstellung zu den Kommunalwahlen hat die Landespartei in vielen Kreisverbänden den Kommunalwahlkampf personell unterstützt. Auch nach der Kommunalwahl war viel Unterstützung für die erstmals gewählten Genoss*innen notwendig, beispielsweise bei Ausschussbesetzungen und der Bildung von Fraktionen. Leider ist es auch nach dieser Kommunalwahl nicht gelungen, alle gewählten Mitglieder unserer Partei davon zu überzeugen, dass die Bildung von Fraktionen eine Selbstverständlichkeit ist und nicht in das Belieben der einzelnen Gewählten gestellt ist.

Bei der Europawahl mussten wir sowohl prozentuale als auch Verluste an absoluten Stimmen hinnehmen. Über die Ursachen für dieses Ergebnis, die Organisation des Wahlkampfes durch die Bundespartei und die zu ziehenden Schlüsse ist bei mehreren Anlässen, u.a. beim Landesausschuss, ausführlich beraten worden.

Bei den Kommunalwahlen konnten wir – gegen den Trend bei der bundesweit gleichzeitig stattfindenden Europawahl – sowohl prozentual als auch absolut hinzugewinnen. Besonders das Plus von rund 20 Prozent bei den absoluten Stimmen war dabei ermutigend. Allerdings konnten wir trotzdem keine zusätzlichen Mandate gewinnen, weil die allgemeine Wahlbeteiligung in etwa gleichem Umfang gestiegen ist. Und schließlich: Für den Einzug in den nächsten rheinland-pfälzischen Landtag werden etwa 100.000 Landesstimmen notwendig sein – dafür müssen wir das Ergebnis der Kommunalwahl bei der Landtagswahl noch einmal erheblich verbessern.

4) Landtagswahl 2021

Der Landesvorstand hat mit einer Reihe von Entscheidungen die Vorbereitungen für die Landtagswahlen 2021 getroffen. Zentral ist dabei die Verabredung mit dem Parteivorstand, einen Teil der für den Wahlkampf zur Verfügung stehenden Mittel bereits im Vorfeld für die Einrichtung wahlkampfrelevanter Stellen verausgaben zu können. Wichtig war uns dabei insbesondere die Verbesserung unserer Online-Aktivitäten.

Gleichzeitig haben wir eine Agentur mit der Erarbeitung eines langfristig angelegten Kampagnenkonzeptes für die landespolitischen Schlüsselthemen beauftragt. Ein Resultat davon ist die Inszenierung unseres Verkehrskonzeptes in den Online-Medien und die Begleitung und Inszenierung unseres heutigen Parteitages.

Finanziell und personell werden wir bei der Landtagswahl so gut wie noch nie ausgestattet sein, entsprechende Debatten und Beschlüsse haben im Landesvorstand und dem Landesausschuss stattgefunden.

Die Diskussion und Erarbeitung eines Landtagswahlprogramms und die Vorstellung der Kandidierenden mit Aufstellung der Wahlliste wird vor allem terminlich davon abhängen, ob es 2021 vorgezogene Bundestagswahlen geben wird. Der Landesvorstand ist für alle denkbaren Szenarien vorbereitet und wird Vorschläge zur Aufstellung der Landtags- und Bundestagswahlliste machen, sobald die bundesweite Terminlage klar ist.

Als einen von mehreren Bausteinen für eine programmatische Schwerpunktbildung zur nächsten Landtagswahl stellt der Landesvorstand heute ein Verkehrskonzept zur Debatte. Erfreulicherweise gibt es mit einer Reihe von Änderungs- und Ergänzungsanträgen eine breite Rückmeldung aus der Landespartei.

Ähnliche Debatten werden wir für die Themen Wohnen, Arbeit/ Wirtschaft und Familie/ Soziales anstoßen.

5) Zusammenarbeit mit anderen LV und der Bundespartei

Die Landespartei wird regelmäßig bei den bundesweiten Gremien, informellen Treffen, dem Bundesfinanzrat und den Beratungen des Parteivorstands mit den Landesvorsitzenden vertreten. In die Debatte über die Neuorganisation der Parteifinzen sind wir eingebunden. Die Zusammenarbeit funktioniert gut, Konflikte und Differenzen wurden sachlich diskutiert und beigelegt.

Der Landesverband hat alle im letzten Jahr wahlkämpfenden LV personell unterstützt, der Landesvorstand dankt allen Genoss*innen sehr herzlich, die dabei ehrenamtlich engagiert waren.

Wir freuen uns, heute mit Amira Mohamed Ali unsere neu-gewählte Fraktionsvorsitzende im Bundestag und mit Jörg Schindler unseren Bundesgeschäftsführer unter uns begrüßen zu können: Wir werten diesen Besuch auch als Ausdruck der Wertschätzung, die unser Landesverband mittlerweile genießt.

Berichte an den Landesparteitag

Finanzbericht des Landesschatzmeisters

Liebe Alle,
Liebe Genossinnen und Genossen,

vor gut einem Jahr habt Ihr mich zum Landesschatzmeister gewählt. Hier möchte ich Euch einen kurzen Überblick geben, was im vergangenen Jahr erledigt wurde und was für das nächste Jahr geplant ist.

Das erste Jahr war vor allem durch die Übernahme von Aufgaben und der Einarbeitung geprägt. Meine Amtsübernahme fand in der Endphase der Kommunalwahl statt. Zur Kommunalwahl hatte sich der Lavo vorgenommen die Kreise im großen Maße zu unterstützen. Wir konnten die Bundesgeschäftsstelle dafür gewinnen, mit uns die Finanzierung sicherzustellen.

So war es uns möglich die Kreisverbände mit rund 47.000 Euro zu unterstützen und die weitere Verankerung der LINKEN vor Ort und in der Gesellschaft voranzutreiben.

Der Landesverband hat hierbei rd. 9.000 Euro für ein zentrales Plakat und rd. 1.750 Euro für einen zentralen Flyer zur Kommunalwahl ausgegeben. Hinzu kam noch die Möglichkeit der Bestellung von weiteren Plakaten aus der Plakatlinie, welche mit rd. 2.500 Euro zu buche schlug. Zu guter letzt unterstützte der Landesverband durch einen landesweiten Hörfunkspot in Höhe von rd. 11.000 Euro und eine Bustour, welche rd. 2.000 kostete.

Für mein erstes Jahr war mir wichtig unseren Rechenschaftsbericht zu verschlanken. Hier sind im Laufe der Jahre Posten aufgelaufen die dringend abgearbeitet werden mussten.

Uns ist es gelungen die meisten Sachverhalte zu klären und abzuarbeiten. Da zum Teil Detektivarbeit zu den Vorgängen nötig ist, bleibe ich weiter an dem Thema dran.

Unsere Haushaltslage ist stabil und wir werden dieses Jahr aller Voraussicht nach mit einem leichten Plus abschließen. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir auch weiterhin nicht in der Lage sind aus unseren selbst erwirtschafteten Mitteln unser Personal zu finanzieren oder geschweige denn aufzustocken. Unsere Einnahmen reichen lediglich für die Verwaltungskosten (Miete, Büro usw), Landesparteitage, Gremiensitzungen und die ein oder andere politische Aktion. Hier müssen wir dringend unsere Situation verbessern. Dies bedeutet, dass wir auch in Zukunft an der Beitragsehrlichkeit und der Erhöhung unserer Beiträge arbeiten müssen. Diese Aufgabe muss allen Genossinnen und Genossen im Land in Fleisch und Blut übergehen.

Ich habe wieder zu Tagungen des Landesfinanzrates geladen, die leider bisher nur mäßig angenommen wurden. Ich bitte Euch auf diesem Wege eure Kreisschatzmeister*innen zur Teilnahme an den Sitzungen zu ermuntern, da wir den Landesfinanzrat als Beratungsgremium der Finanzarbeit im Land dringend brauchen.

Für das nächste Jahr habe ich mir, neben der weiteren Verschlinkung des Rechenschaftsberichtes vorgenommen, unseren Einnahmen und Ausgaben systematisch auf den Grund zu gehen. Dazu werden zukünftig, sobald die Buchungen für einen Monat abgeschlossen sind, aktuelle Finanzübersichten erstellt. Dem Landesausschuss wird zukünftig nicht nur die aktuelle Finanzübersicht vorgelegt, sondern lückenlos über jeden Monat informiert werden. Den Landesausschuss bitte ich zudem, mich besser über die Terminplanung in Kenntnis zu setzen,

sodass es mir möglich ist die nötigen Vorarbeiten zu leisten. Dies betrifft insbesondere die Sitzungen zum Ende des Jahres, da hier der Haushalt für das kommende Jahr eingebracht werden muss.

Wir planen/investieren im nächsten Jahr das Fünffache der letzten Jahre in Bildungsveranstaltungen. Wir sind bereits in der Hauptplanungsphase der Landtagswahl. Hier sieht unser Entwurf einen Eigenanteil von 60.000 Euro für die Landtagswahl aus Eigenmitteln vor. Dieser Eigenanteil ist möglich - wird jedoch nur mit äußerster Disziplin realisierbar sein. Indem wir weiter an der Steigerung der Mitgliedsbeiträge arbeiten, Spenden einwerben und dort sparen wo es sinnvoll ist. Durch die monatlichen Finanzberichte wird es möglich sein, die aktuellen Zahlen im Blick zu haben und ggf. einzugreifen. Aber auch eine verlässliche Zuarbeit der Kreisschatzmeister ist hier unerlässlich. Ich möchte die KSM bitten, wenn es Probleme gibt, euch frühzeitig an mich oder die Landegeschäftsstelle zu wenden. Wir sind bemüht, euch so schnell wie möglich weiterzuhelfen.

Abschließend möchte ich Danke sagen: unsere Buchhalterin in Berlin, Melanie für die Buchhaltung vor Ort und der Unterstützung der Kreisverbände, Fabian und all denen die ich vielleicht auch mit meinen Fragen und Bohren genervt habe. Besonderer Dank geht an unsere Kreisschatzmeister*innen. Punkt!

Für die weitere Zukunft möchte ich sagen, dass sich meine Lebensplanung geändert hat und ich wohl für die Ende 2020 anstehende Neuwahl nicht erneut als Landesschatzmeister kandidieren werde.

Natürlich stehe ich, wenn Ihr das möchtet, für eine Einarbeitung bereit und werde Euch bis zum Vollzug des Projektes „Einzug in den Landtag“ begleiten.

Einnahmen- und Ausgabenrechnung 2018

	Landesvorstand	Kreise	Gesamt
Einnahmen			
1. Mitgliedsbeiträge	157.427,49 EUR	8.451,90 EUR	165.879,39 EUR
2. Mandatsträgerbeiträge und regelmäßige Beiträge	900,00 EUR	27.545,25 EUR	28.445,25 EUR
3. Spenden von natürlichen Personen	3.707,00 EUR	7.204,87 EUR	10.911,87 EUR
Spenden nicht zuordenbar	40,00 EUR	635,00 EUR	675,00 EUR
<i>Summe Spenden von natürlichen Personen</i>	<i>3.747,00 EUR</i>	<i>7.839,87 EUR</i>	<i>11.586,87 EUR</i>
4. Spenden von juristischen Personen	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
5. Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
5a. Einnahmen aus Beteiligungen	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
6. Einnahmen aus sonstigem Vermögen	0,15 EUR	0,00 EUR	0,15 EUR
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von			
Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	715,00 EUR	707,66 EUR	1.422,66 EUR
8. Staatliche Mittel	29.985,00 EUR	0,00 EUR	29.985,00 EUR
9. Sonstige Einnahmen	9.206,79 EUR	4.946,79 EUR	14.153,58 EUR
Zwischensumme	201.981,43 EUR	49.491,47 EUR	251.472,90 EUR
10. Zuschüsse von Gliederungen	104.167,92 EUR	57.807,68 EUR	161.975,60 EUR
11. Gesamteinnahmen	306.149,35 EUR	107.299,15 EUR	413.448,50 EUR
Ausgaben			
1. Personalausgaben	32.543,54 EUR	0,00 EUR	32.543,54 EUR
2. Sachausgaben			
a) <i>des laufenden Geschäftsbetriebes</i>	<i>30.449,50 EUR</i>	<i>22.044,96 EUR</i>	<i>52.494,46 EUR</i>
b) <i>für allgemeine politische Arbeit</i>	<i>51.378,82 EUR</i>	<i>37.761,18 EUR</i>	<i>89.140,00 EUR</i>
c) <i>für Wahlkämpfe</i>	<i>3.742,38 EUR</i>	<i>1.398,30 EUR</i>	<i>5.140,68 EUR</i>
d) <i>für die Vermögensverwaltung einschließlich sich hieraus ergebender Zinsen</i>	<i>0,00 EUR</i>	<i>0,00 EUR</i>	<i>0,00 EUR</i>
e) <i>sonstige Zinsen</i>	<i>0,00 EUR</i>	<i>25,25 EUR</i>	<i>25,25 EUR</i>
f) <i>Ausgaben im Rahmen einer Unternehmenstätigkeit</i>	<i>0,00 EUR</i>	<i>0,00 EUR</i>	<i>0,00 EUR</i>
g) <i>Sonstige Ausgaben</i>	<i>782,73 EUR</i>	<i>5.961,02 EUR</i>	<i>6.743,75 EUR</i>
Summe Sachausgaben	86.353,43 EUR	67.190,71 EUR	153.544,14 EUR
3. Zuschüsse an Gliederungen	152.137,80 EUR	6.217,92 EUR	158.355,72 EUR
4. Gesamtausgaben	271.034,77 EUR	73.408,63 EUR	344.443,40 EUR
Überschuß	35.114,58 EUR	33.890,52 EUR	69.005,10 EUR
Defizit			

Bericht an den Landesparteitag

Bericht Katrin Werner, Mitglied des Bundestages

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit meinem letzten Bericht an den Landesparteitag ist vieles in meinen Themengebieten, die ich für die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag bearbeite, der Familienpolitik, dem bürgerschaftlichen Engagement und der Senior*innenpolitik passiert. Wir haben viele Themen angeschoben, in die Öffentlichkeit gebracht und eine Grundlage zur Weiterentwicklung unserer Position geschaffen.

In der Familienpolitik ist uns das insbesondere mit unserer diesjährigen Konferenz gelungen. Unter dem Titel „Moderne Familienpolitik - Zeit, Geld und Infrastruktur“ haben wir zu mehreren Podien und insgesamt fünf Workshops zu unterschiedlichen familienpolitischen Themen in den Deutschen Bundestag eingeladen. Über hundert Interessierte aus der Fachöffentlichkeit sowie Bürgerinnen und Bürger waren gekommen, um mit uns u.a. über Familienarmut, die Situation von Alleinerziehenden, die Vielfalt von Familienformen und deren rechtliche Absicherung und zur Bedeutung von Elternschaft im Kapitalismus zu sprechen. Wir haben viele Impulse von dieser Konferenz mitgenommen, das familienpolitische Profil der Fraktion mit der Veranstaltung geschärft und eine gute Grundlage für unsere weitere Arbeit geschaffen.

Zwei familienpolitische Schwerpunkte, die wir nach der Konferenz gesetzt haben, waren das Elterngeld und die soziale Situation von Alleinerziehenden.

Mit 26,6 Prozent erhalten mehr als ein Viertel der Leistungsbeziehenden, deren Kinder ab dem Jahr 2016 geboren wurden, lediglich den Mindestbetrag des Elterngelds von 300 Euro. Unter den Frauen sind es sogar 32,3 Prozent, die nur den Mindestbetrag erhalten. Das ging aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von uns hervor, die auch in Medien widergespiegelt wurde. Seit der Einführung des Elterngelds 2007 ist der Mindestbetrag nicht mehr erhöht worden. Wir finden das kann nicht sein, denn das Leben ist für die Menschen seither teurer geworden. Wir brauchen eine Erhöhung des Mindestbetrags auf 400 € und 200 € beim ElterngeldPlus, um Familienarmut zu bekämpfen. Von dieser Erhöhung müssen alle profitieren, deswegen wollen wir die Anrechnung von Elterngeld auf Hartz-IV abschaffen. Deshalb haben wir dazu einen Antrag in die Fraktion eingebracht und auch in den Haushaltsberatungen für 2020 haben wir dazu Änderungsanträge eingebracht.

Das Armutsrisiko von Alleinerziehenden stagniert seit Jahren auf sehr hohem Niveau. Ein Drittel der Alleinerziehenden war 2016 von Armut bedroht, weil sie weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hatten. Das ergab eine Anfrage von uns an die Bundesregierung. Armut hat ganz konkrete Auswirkungen auf das Leben von Familien und die Entwicklung von Kindern. Gesunde Ernährung, gute Bildung und Freizeitaktivitäten - all das ist in Familien, die in Armut leben, häufig nicht möglich. Deshalb müssen wir endlich alle Familien durch eine Kindergrundsicherung wirksam vor Armut schützen. Auch hier werden wir nicht locker lassen.

Darüber hinaus arbeiten wir weiter an der Verbesserung der Situation von Familien in Trennungssituationen. Wir wollen Familien in Trennung besser dabei unterstützen, eine selbstbestimmte Entscheidung zu treffen, wie sie nach der Trennung weiter leben möchten. Es geht um bessere Beratung, Begleitung, Mediation und Ausstattung in den Jugendämtern. Wir wollen, dass das Kindeswohl im Mittelpunkt steht und nicht vorrangig die Interessen der Eltern. Deshalb haben wir uns dagegen ausgesprochen, ein bestimmtes Umgangsmodell als Leitbild oder Regelfall festzuschreiben. Jedes Kind und jede Familie ist anders und deshalb muss immer der Einzelfall analysiert werden. Unser Antrag ist bereits im Bundestag und in einer Anhörung von Expert*innen diskutiert worden. Zudem gab es einige Berichterstattungen in Fernsehen, Radio und Presse über unsere Forderungen.

Auch zum Thema Senior*innenpolitik haben wir eine Konferenz organisiert. Unter dem Titel „Altern in Würde – Gerechtigkeit, Mitbestimmung, Teilhabe“ luden wir im Juni dieses Jahres nach Leipzig ein. Über einhundert Menschen sind der Einladung gefolgt, um mit uns über die Themen soziale Sicherung, gesellschaftliche Teilhabe und demokratische Mitbestimmung von älteren Menschen zu diskutieren. Mit der Veranstaltung konnten wir über die Grenzen der Fachöffentlichkeit und Partei viele Menschen erreichen. Die Ergebnisse bieten eine gute Grundlage, um weiter die seniorenpolitischen Themen der Fraktion voranzubringen.

Zudem ist im Themenbereich des bürgerschaftlichen Engagements einiges passiert. Eine Anfrage von uns hat ergeben, dass 32 Prozent aller Menschen, die einen Bundesfreiwilligendienst beginnen, diesen vorzeitig beenden. Die Gründe das Programm abzubrechen sind immer individuell, beispielsweise ein Studienplatz oder eine Ausbildungsstelle. Wenn jedoch fast ein Drittel der Engagierten vorzeitig abbrechen, muss nach weiteren Ursachen gefragt werden. Dann muss auch die Qualität des Dienstes, der Arbeitsbedingungen und des Bildungsprogramms auf den Prüfstand gestellt werden. Umso verwunderlicher ist es, dass Familienministerin Giffey nun die Mittel für die Jugendfreiwilligendienste kürzen möchte und so notwendige Verbesserungen in der Bildung und der Gestaltung des Programms nicht zu machen sind.

Nachdem Familienministerin Giffey im letzten Jahr ankündigte, das bürgerschaftliche Engagement und das Ehrenamt stärken zu wollen, hat sie in diesem Jahr das Gegenteil gemacht. Im Haushaltsentwurf 2020 hat sie die Mittel für Programme zur Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements gekürzt. Inzwischen wurden immerhin aufgrund des starken öffentlichen Drucks, an dem auch wir uns beteiligt haben, die Kürzungen für das Programm „Demokratie leben“ zurückgenommen. Gerade in diesen Zeiten müssen wir das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit unterstützen. Gegen die weiteren Kürzungen werden wir uns in den Haushaltsberatungen wehren.

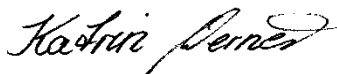
Nach langen und großen Ankündigungen will die Regierung endlich eine Stiftung für Engagement und Ehrenamt gründen. Doch der Entwurf enttäuscht. Die Zivilgesellschaft spielt nur noch eine untergeordnete Rolle und aus einer Stiftung zur Förderung und Unterstützung von Engagement ist vor allem eine Service-Agentur zur Information übrig geblieben. Hierzu haben gerade die parlamentarischen Beratungen begonnen und wir

werden uns dafür stark machen, dass die geplanten 30 Mio. Euro da ankommen, wo sie gebraucht werden: in der Zivilgesellschaft.

Zur Bearbeitung der unterschiedlichen Themen stehen wir in engem Austausch mit vielen Organisationen, Verbänden und Initiativen.

Natürlich haben wir auch das parlamentarische Fragerecht im Bundestag genutzt, um wichtige Themen in Rheinland-Pfalz in die Öffentlichkeit zu tragen und unseren Forderungen Gehör zu verschaffen. In letzter Zeit ist uns das beispielsweise zur Wohnsituation gelungen. Hier haben wir die sinkende Anzahl von Sozialwohnung und die hohe Zahl von Zwangsräumungen im Land kritisiert. Auch die maroden Schwimmbäder in Rheinland-Pfalz und die fehlende Unterstützung der Bundesregierung haben wir angeprangert. Zudem haben wir auf die riesigen Funklöcher im Land hingewiesen. Hierbei wurde offenbar, dass Rheinland-Pfalz zu den Schlusslichtern gehört. Die Anfragen und Antworten sowie die Medienberichterstattung findet ihr auf meiner Homepage.

Ich wünsche uns einen erfolgreichen Parteitag und gute Beschlüsse!



Katrin Werner